

SHORT NEWS

Hall des soufflantes à Belval : l'État reste sibyllin

(lc) - La rumeur d'une possible destruction pour cause de projet immobilier du hall des soufflantes (qui accueillait l'exposition « All We Need » en 2007 lors de l'année culturelle et qui depuis est resté vide) ainsi que de la centrale des dynamos et des conduits de gaz était tenace ces derniers mois. Tellement que l'« Amicale des hauts-fourneaux A et B », qui avait déjà ferrailé durement avec le gouvernement pour qu'il ne détruise pas complètement le patrimoine industriel de Belval, s'en est désolée pendant son assemblée générale. Dans une question parlementaire adressée aux ministres Bettel (pour la Culture) et Bausch (Infrastructures), la députée CSV Sylvie Andrich-Duval voulait savoir si l'État s'engageait à ne pas vouer à la disparition ces précieux monuments industriels - et s'il ne pensait pas que cette destruction aurait un impact négatif sur le projet Esch 2022. Les ministres ont répondu que « l'État n'a pas encore pris de décision concernant la conservation ou la démolition du hall des soufflantes et de la centrale des dynamos » et qu'il n'y aurait aucune demande de la part du comité d'Esch 2022. Ce qui n'est pas une promesse crédible concernant la protection du patrimoine industriel.

Renten und Menschenrechte

(rg) - Im Rahmen der internationalen Divestment-Woche vom 5. bis zum 13. Mai veröffentlicht Votum Klima eine Studie zum luxemburgischen Pensionsfonds. Sie zeigt, dass der Fonds in Unternehmen investiert, die Menschenrechte verletzen. Zum Beispiel in die von dem US-amerikanischen Unternehmen Newmont Mining in Nord-Peru betriebene Goldmine Yanacocha, deren riesiger Wasserverbrauch in einer ganzen Region zu Wasserknappheit und -verseuchung geführt hat. Der Shell-Konzern trägt die Schuld an den Schäden, die im Niger-Delta seit Jahrzehnten durch das Öl verursacht werden, das aus vernachlässigten Pipelines austritt. Verschmutztes Wasser, vergiftete Fische und kontaminierte Landbauflächen verursachen Krankheiten bei der lokalen Bevölkerung. An diesen beiden Betreibern hielt der Luxemburger Pensionsfonds 2015 Anteile im Wert von über 10 Millionen Euro. Die Studie beleuchtet ähnliche Verbindungen mit den Firmen Wilmar, Dakota Access Pipeline und Monsanto. Seit 2011 hat der Pensionsfonds erste Schritte hin zu einer sozial verantwortlicheren Investitionspolitik gemacht. So erhielt die Unternehmensberatungsfirma GES den Auftrag, die Investitionen des Fonds halbjährlich zu überprüfen - im Ergebnis zog sich der Pensionsfonds aus 69 Unternehmen zurück. Allerdings kritisiert Votum Klima ein Verfahren, das nur oberflächlich prüft. Ein Blick auf Norwegen zeige, wie es besser geht. Dort berät ein Ethikrat das Finanzministerium bei seinen Investitionsentscheidungen. Votum-Klima fordert daher genaue und transparente Vorgaben für den Handlungsrahmen des Luxemburger Fonds, der nicht den Zielen der luxemburgischen Entwicklungs-, Klimaschutz- und Anti-Atom-Politik zuwiderlaufen dürfe.

Forum 373: Das Wahlsystem unter der Lupe

(da) - Nach der US-amerikanischen und der französischen Präsidentschaftswahl stehen bald auch in Deutschland und vor allem in Luxemburg Wahlen an - im Großherzogtum sogar gleich zwei. Grund genug für forum, dem Thema Wahlen, beziehungsweise „Wahlsystem“, ein ganzes Dossier zu widmen. Wie man dem fortschreitenden Demokratiedefizit trotz des Referendums von 2015 etwas entgegensetzen kann, darüber sinniert Jürgen Stoldt im gelungenen Einstieg zum Dossier. Gleichstellungsministerin Mutsch gibt in einem Interview Auskunft über die Einführung von Geschlechterquoten für KandidatInnenlisten bei Wahlen, während woxx-Mitarbeiterin Renée Wagener die Demokratisierung des Wahlrechts in Luxemburg unter die Lupe nimmt. Neben dem spannenden Dossier finden sich auch noch eine ganze Reihe anderer leserwürdiger Artikel in forum 373; hervorgehoben sei hier vor allem die Auseinandersetzung Vincent Artusos mit dem „Tabu der Resistenz“ in Luxemburg und der Art und Weise, wie jene Resistenz im Anschluss an die Befreiung gewissermaßen verraten wurde. forum ist in größeren Zeitschriftenläden erhältlich oder kann bestellt werden (Tel. 42 44 88; office@forum.lu). Im Übrigen organisiert forum im Rahmen der Veranstaltungsreihe „public forum“ eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Welche Zukunft für den Journalismus?“ - mit woxx-Beteiligung. Am 15. Mai um 18.30 in den „Rotondes“.

AKTUELL



BIOLANDWIRTSCHAFT

Zeitlich begrenzte Teil-Biohöfe

Danièle Weber

Um mehr Bauern von Bio zu überzeugen, führt die Regierung eine Prämie für Betriebe ein, die ihre Produktion teilweise auf Bio umstellen. Zufrieden sind damit weder die konventionellen noch die Biobauern.

Wer künftig einen Teil seines Hofes biologisch bewirtschaften möchte, wird dafür Geld vom Staat erhalten. Das kündigte Premierminister Xavier Bettel vor zwei Wochen in seiner Erklärung zur Lage der Nation an. Bislang war die Bioprämie nur 100-prozentigen Biohöfen vorenthalten. Bettels mündlicher Zusatz, die Förderung der Teilumstellung müsse jedoch zeitlich begrenzt bleiben, stieß indessen auf sehr unterschiedliche Resonanz.

Damit werde die Teilumstellung zu einer „Mogelpackung“, regte sich die Bauernzentrale auf und gab sich überzeugt, dass das Zeitlimit keineswegs dem entspricht, was die Bauern „brauchen und wollen“. Applaus gab es hingegen von Seiten der Biobauern. Die zeitliche Begrenzung müsse explizit im Gesetzestext verankert werden, so ihre Forderung. Nur so könne garantiert werden, dass konventionelle Landwirte neue Wege gehen, „ohne die bestehende Biolandwirtschaft zu demontieren und Trittbrettfahrern eine Tür zu öffnen“.

Die Präsidentin von „Bio-Lëtzebuerg“ machte in ihrer Pressemitteilung auch klar, dass ihre Zunft einer Teilumstellung weiterhin prinzipiell skeptisch gegenübersteht. Der Biolandbau, so Daniela Noesen, sei vor über 90 Jahren angetreten, „als gesamtbetriebliches Konzept, das möglichst im Kreislauf wirtschaftet, im Respekt von Boden, Pflanze, Tier und Mensch“. Dementsprechend erlauben die meisten Biolabels ihren Landwirten nicht, sowohl konventionell als auch Bio auf ihrem Hof zu wirtschaften.

Nicht so das Ökolabel der EU, das eine solche Mischwirtschaft unter bestimmten Bedingungen vorsieht. Der seit 2007 geltenden Verordnung nach kann ein Betrieb unter Einhaltung bestimmter Regeln „in deutlich getrennte Produktionseinheiten aufgeteilt werden“. Dabei müsse es sich „bei Tieren

um verschiedene Arten“ und bei Pflanzen „um leicht zu unterscheidende Sorten“ handeln. Dieselben Regeln sollen nun auch als Kriterium für den Erhalt der Bioprämie gelten. Ein Milchbauer könne beispielweise nicht einerseits Biomilch und andererseits konventionelles Rindfleisch anbieten, erklärte Landwirtschaftsminister Fernand Etgen am Freitag im Pressebriefing der Regierung. „Unsere Priorität ist es nach wie vor, den Anteil der Biolandwirtschaft in Luxemburg zu erhöhen“, machte Etgen klar und betonte gleichzeitig, für die Regierung gebe es nicht „den guten und den bösen Bauern“.

Neue EU-Öko-Verordnung umstritten

Was die zeitliche Begrenzung angeht, ließen seine Ausführungen Raum für Interpretationen. Die Dauer der Bioprämie solle erst einmal für fünf Jahre gelten, eine Verlängerung auf sieben Jahre sei danach möglich, sagte Etgen und fügte hinzu, dieses Regime könne danach auch weitergeführt werden. Der Minister kündigte zudem eine Evaluierung der Maßnahme „auf ihren Erfolg“ nach fünf Jahren an, sowie eine Überprüfung, „ob die geplanten Ziele erreicht wurden“. Auf die Nachfrage, worin diese bestehen, meinte Fernand Etgen, es sei „relativ schwer“, Ziele zu definieren, da jeder „Betrieb verschiedene Produktionssparten“ habe. „Wir erwarten uns besonders bei Geflügel und Gemüse einen Ruck nach oben“, so Etgen. In diesen Bereichen deckt die nationale Bioproduktion unter fünf Prozent des Bedarfs, der Rest wird importiert.

Auf EU-Ebene diskutieren indessen Kommission, Parlament und Mitgliedstaaten seit drei Jahren über eine Reform der Öko-Verordnung. Ein abschließender Text könnte Ende dieses Monats vorliegen. Dem Vorschlag der Kommission, Teilumstellungen gänzlich zu verbieten, widersprach das EU-Parlament. In einem Bericht des grünen Europa-Abgeordneten Martin Häusling vom November 2015 heißt es, gemischte Betriebe, sollten dann erlaubt sein, wenn konventionelle und biologische Produktion klar voneinander getrennt sind.